

Uhlig, Christian

Article — Digitized Version

Konjunkturbedingte Übererfüllung der Ein-Prozent-Norm

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Uhlig, Christian (1969) : Konjunkturbedingte Übererfüllung der Ein-Prozent-Norm, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 5, pp. 275-280

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133971>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturbedingte Übererfüllung der Ein-Prozent-Norm

Dr. Christian Uhlig, Bochum

Im letzten Jahre stiegen die deutschen Entwicklungshilfeleistungen auf 6,5 Mrd. DM. Sie machten damit 1,23 % des BSP aus. Die Forderung der 2. Welthandelskonferenz, daß für die Entwicklungshilfe 1 % des BSP aufgewandt werden sollte, wurde demnach sogar übererfüllt. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Eppler, zeigte sich denn auch sehr zufrieden über diese Zahlen. Die Entwicklungshilfe bestand jedoch zu zwei Dritteln aus privaten Leistungen, die sehr stark von der konjunkturellen Entwicklung beeinflußt werden. Kann deshalb noch von einer rational geplanten Entwicklungspolitik die Rede sein?

Die deutsche Entwicklungshilfe hatte in den Jahren 1962 bis 1966 mit dem Problem zu kämpfen, daß ihr Volumen nicht mit der Höhe und Zunahme des Volkseinkommens Schritt gehalten hatte. Zwar ist das Volkseinkommen, oder neuerdings das Bruttosozialprodukt, als Maßgröße für die Beurteilung der Entwicklungshilfeleistungen eines Geberlandes keineswegs eine ideale Grundlage¹⁾. Diese Größe wird jedoch in der internationalen Diskussion ständig verwendet und deshalb kommt ihr zumindest politisch und propagandistisch eine erhebliche Bedeutung zu. In den Jahren 1960 und 1961 hatte die Bundesrepublik aufgrund einer besonderen wirtschaftspolitischen Konstellation, die der heutigen nicht unähnlich war — hohe Ausfuhrüberschüsse und Devisenzuflüsse, die schließlich die Aufwertung erzwangen —, die gewünschten 1 % des Volkseinkommens für Entwicklungshilfe aufgewendet und 1961 den Satz mit 1,34 % sogar erheblich überschritten. Seitdem lagen jedoch die Leistungen lediglich zwischen 0,93 (1962) und 0,81 % (1966), dem niedrigsten Stand seit 1956²⁾. Die deutschen Leistungen wurden deshalb bei den

Jahresprüfungen des „Development Assistance Committee“ der OECD wiederholt als nicht befriedigend bezeichnet³⁾.

Anpassungsprobleme des Geberlandes

Das relative Zurückbleiben der Entwicklungshilfeleistungen im Vergleich zur Zunahme des Volkseinkommens in einer Phase der Hochkonjunktur im Geberland erklärt sich u. a. dadurch, daß eine proportionale Erhöhung der Entwicklungsleistungen bei schnellem Wachstum des Sozialprodukts aus planungstechnischen sowie strukturellen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Eine schnelle Anpassung der öffentlichen Leistungen stößt einmal auf haushaltstechnische Probleme, wird aber auch durch Gegebenheiten in den Entwicklungsländern behindert. Denn die kurzfristige Erschließung und Prüfung von förderungswürdigen Projekten und die tatsächliche Realisierung der Ausgaben ist nur in begrenztem Maße möglich. Die Kapitalabsorptionsfähigkeit der Entwicklungsländer ist zudem im allgemeinen kurzfristig gesehen noch geringer als langfristig.

Ein anderes Problem stellt sich für das Geberland dadurch, daß es gezwungen wird, in einer Phase der inländischen Hochkonjunktur beträcht-

¹⁾ Vgl. OECD: Entwicklungshilfe, Jahresprüfung 1967, Paris 1967, S. 149 ff.; H. W. Singer: Kritische Bemerkungen zur Festlegung der Ein-Prozent-Klausel. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 48. Jg. (1969), H. 7, S. 380 ff.

²⁾ Vgl. OECD: Development Assistance, 1968 Review, Paris 1968, S. 264 f.

³⁾ Vgl. Ch. Uhlig: Entwicklungshilfe — ein zweitrangiges Problem? In: WIRTSCHAFTSDIENST, 46. Jg. (1966), H. 8, S. 409 f.

liche zusätzliche Entwicklungshilfeleistungen in Form von Gütern und Devisen bereitzustellen, obwohl es sich akuten eigenen gesamtwirtschaftlichen Spannungen gegenüber sieht. Wenn dabei die drohenden Preisauftriebendenzen wirkungsvoll bekämpft werden sollen, bedarf es der eigenen Nutzung der gesamten Produktions- und Importkapazität, um den Inlandsbedarf zu decken.

Konjunkturabhängigkeit der privaten Leistungen

Eine stetige Angleichung der Entwicklungshilfeleistungen an die Veränderungen des Volkseinkommens ist strukturell aber auch deshalb schwer, weil die gesamte Leistungssumme auch die privaten Leistungen enthält, die durch öffentliche Instanzen kaum direkt beeinflussbar sind. Dieser private Leistungsstrom in Form von Direkt- und Wertpapierinvestitionen oder von durch Exportkredite finanzierten Lieferungen unterliegt einem Rhythmus, der ebenfalls sehr eng mit der konjunkturellen Entwicklung verbunden ist.

Ist die Binnennachfrage hoch, wird im allgemeinen das unkomplizierte Inlandsgeschäft dem risikoreichen Auslandsgeschäft vorgezogen, zumal es meist auch erlösmäßig vorteilhafter ist. Da zudem die Chancen für Investitionen im Inland günstig sind, erscheinen bei bestehender relativer Kapitalknappheit auch Investitionen in Entwicklungsländern nicht besonders attraktiv. Selbst steuerliche Entlastungen regen eine diesbezügliche Investitionstätigkeit offenbar nur wenig an, wie die bisherigen Reaktionen auf das Entwicklungshilfe-Steuergesetz zeigten. Das Volumen der Exportkredite weist bei guter Inlandskonjunktur eher rückläufige Tendenz auf, zumal auch die Entwicklungsländer selbst aufgrund der guten Erlöse für ihre Rohstoffexporte devisenmäßig flüssiger als in Zeiten eines konjunkturellen Abschwungs sind und deshalb weniger Kredit in Anspruch nehmen. In einer Zeit der heimischen Hochkonjunktur muß man also erwarten, daß die Privatwirtschaft tendenziell weniger zur gesamten Entwicklungshilfe beitragen wird.

Ein konjunktureller Abschwung zwingt dagegen die privaten Produzenten im Industrieland, neue Märkte für ihre Produkte zu erschließen. Als ein geeignetes Feld erweisen sich dann die Entwicklungsländer mit ihrer stetigen Nachfrage nach Kapital- und Konsumgütern. Die problematische Finanzierungsfrage wird durch das Mittel des staatlich garantierten Exportkredits gelöst. Außerdem gelangen infolge des sinkenden Zinsniveaus und der verringerten Anlagechancen im Inland in steigendem Maße die Investitionsmöglichkeiten in Entwicklungsländern in den Blickpunkt der Investoren. Die relativ hohen Erträge und der Ausgleich der Anlagerisiken zwischen Inland und Aus-

land – eventuell in Kombination mit Erleichterungen durch staatliche Förderungsmaßnahmen – lassen derartige Engagements in zunehmendem Maße rentabel erscheinen. Die Folge wird eine tendenzielle Erhöhung der privaten Leistungen sein. Im öffentlichen Bereich droht dagegen bei einer Rezession ein Rückgang der Ausgaben, weil die sinkenden Steuereinnahmen oder gar ein Defizit der öffentlichen Haushalte möglicherweise Sparmaßnahmen auslösen.

Sprunghafter Anstieg 1967

Vor diesem Hintergrund muß der Verlauf der Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik in den Jahren 1967 und 1968 gesehen werden. 1967 hatten sie nach einer Zeit relativer Stagnation seit 1962 sprunghaft von fast 2950 Mill. DM (1966) auf 4567 Mill. DM, d. h. also um fast 55 %, zugenommen (vgl. Tabelle). Sie erreichten damit einen Anteil von 1,26 % am Volkseinkommen bzw. von 0,95 % am Bruttosozialprodukt. Das war damit der höchste Stand seit dem Jahre 1961.

Die deutsche Entwicklungshilfe 1950-1968

(Tatsächliche Leistungen in Mill. DM)

	1950 bis 1960	1961 bis 1965	1966	1967	1968
I. Bilaterale Nettoleistungen	11 809	11 653	2 829	4 317	4 897
a) Öffentliche Leistungen	4 519	7 806	1 798	1 922	1 782
1. Kredite (netto)	2 184	4 927	1 347	1 381	1 142
2. Zuwendungen	2 335	2 878	451	540	640
b) Private Leistungen	7 291	3 848	1 030	2 395	3 115
1. Kredite u. Direktinvestitionen	2 268	2 351	620	943	1 936
2. Exportkredite (netto)	5 023	1 497	410	1 452	1 018
3. KfW-Exportkredite	—	—	—	—	161
II. Multilaterale Leistungen	2 838	2 411	121	272	1 613
1. Zuschüsse	785	1 084	185	317	435
2. Kredite	2 053	1 327	./- 64	./- 45	1 178
davon:					
öffentlich	1 776	764	./- 40	./- 24	—
privat	277	563	./- 24	./- 21	1 178
III. Gesamte Nettoleistungen	14 647	14 064	2 950	4 587	6 510
davon:					
öffentlich	7 080	9 653	1 944	2 214	2 217
privat	7 567	4 411	1 006	2 374	4 293
IV. Anteile in %					
öffentlich	48	69	66	48	35
privat	52	31	34	52	65

Quelle: Entwicklung und Zusammenarbeit. Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer Nr. 4 (1969), S. 28; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit II B06 – 0 2095 – 112/68.

Dieser Zuwachs kam vor allem durch das Ansteigen der privaten Leistungen zustande. Sie nahmen gegenüber dem Vorjahr um 139 % zu, so daß sich die Relation der privaten Leistungen zum Volkseinkommen von 0,28 % (1966) auf 0,66 % (1967) veränderte. Entscheidend getragen

wurde diese Verbesserung von der Vermehrung der Exportkredite, die gegenüber dem Vorjahr um 255 % auf netto 1452 Mill. DM anstiegen. Die Höhe der allein im Jahre 1967 vergebenen Exportkredite entsprach dem gesamten Betrag, der vorher für die Jahre 1961 bis 1965 aufgewandt wurde. Die privaten Nettoinvestitionen und -kredite nahmen dagegen lediglich um 53 % auf 943 Mill. DM zu. Die Direktinvestitionen einschließlich Reinvestitionen von Erträgen stiegen nur um 16 % von 585 Mill. auf 677 Mill. DM, die bilateralen Wertpapierinvestitionen dagegen um mehr als das Siebenfache von 35 Mill. auf 266 Mill. DM⁴⁾. Die öffentlichen Leistungen erhöhten sich gegenüber 1966 um 12 % auf 2,2 Mrd. DM, eine Summe, die seit 1961 nicht wieder erreicht worden war. Ihr Anteil am Volkseinkommen verbesserte sich von 0,53 auf 0,60 %, lag jedoch erstmals unter dem der privaten Leistungen. Diese Erhöhung der öffentlichen Leistungen geht auf eine bewußte Politik der antizyklischen Gegensteuerung der Regierung zurück. Durch das sich an die Kredite anschließende Liefergeschäft versprach man sich

⁴⁾ Vgl. OECD: Development Assistance, 1968 Review, a. a. O., S. 258 f.

nämlich eine anregende Wirkung auf die Binnenkonjunktur.

1%-Ziel erfüllt

Das Gesamtvolumen der Hilfe erhöhte sich im Jahre 1968 auf 6,5 Mrd. DM, das bedeutet gegenüber 1967 einen Anstieg um 43 %. Dieser Anstieg ist wiederum beträchtlich, wenn auch etwas geringer als im Vorjahr. So konnte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf einer Pressekonferenz Anfang April erfreut darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik im Jahre 1968 das von der 2. Welthandelskonferenz gesetzte Mindestziel von 1 % des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe mit 1,23 % übererfüllt habe. Legt man das Volkseinkommen⁵⁾ zugrunde, so ergibt sich eine Relation von 1,62 %, der höchste von der Bundesrepublik erreichte Satz.

Diesmal stand noch stärker als im Vorjahr das private Engagement im Vordergrund. Es stieg um 81 % auf 4293 Mill. DM und erreichte damit 1,07 % des Volkseinkommens. Zwar war diese Steige-

⁵⁾ Berechnet nach der Jahresprojektion 1969 des Jahreswirtschaftsberichts 1969 der Bundesregierung, o. O., o. J., S. 19 f.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND GEWERKSCHAFTEN

von Christian Uhlig

Die Diskussion um eine wirksame Entwicklungspolitik ist in ein kritisches Stadium getreten. Die bisherigen Ergebnisse des von den Vereinten Nationen propagierten „Entwicklungsjahrzehnts“ sind enttäuschend. Welche Gründe gibt es für das Versagen? Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß eine mehr oder weniger stationäre Gesellschaft für neue Konzeptionen aufnahmebereit zu machen ist. Auf der Suche nach dynamischen Entwicklungsträgern ist der Autor auf die Transmissionskraft der Gewerkschaften gestoßen: als aktive Gruppen können sie den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß stimulierend beeinflussen.

92 Seiten, 1967, Oktav, Preis brosch. DM 19,80

VERLAG WELTARCHIV GMBH · HAMBURG

rung etwas geringer als 1967, sie übertraf aber den Zuwachs der öffentlichen Leistungen beträchtlich. Diese nahmen nur geringfügig zu und beliefen sich auf 2217 Mill. DM. Ihre Relation zum Volkseinkommen verschlechterte sich auf 0,55 %. Der Anstieg der gesamten Hilfeleistungen kam also fast ausschließlich durch den privaten Mittelfluß zustande.

Strukturelle Änderungen

Die strukturelle Zusammensetzung der privaten Leistungen unterschied sich jedoch 1968 von derjenigen im Vorjahr. Im Vordergrund standen diesmal die Posten der bilateralen Direktinvestitionen und -kredite mit einer Verbesserung um 105 % auf 1936 Mill. DM sowie der privaten Kredite an multilaterale Stellen, die von minus 21 Mill. DM auf plus 1178 Mill. DM stiegen. Die Summe der Exportkredite erreichte mit 1179 Mill. DM (davon 161 Mill. DM von der Kreditanstalt für Wiederaufbau vergeben) nicht ganz den Stand des Vorjahres. Das Gesamtbild 1968 wurde also eindeutig durch den Anstieg des Kapitalexports in Entwicklungsländer bestimmt, der insbesondere in Form von Wertpapierinvestitionen erfolgte. Allein die Weltbank brachte Anleihen im Werte von fast 1,2 Mrd. DM unter. Weitere größere Anleihen wurden z. B. von Mexiko, Argentinien, Venezuela, Iran und Malaysia aufgelegt⁶⁾. Erstmals seit Beginn der Bemühungen um die Entwicklungshilfe ist somit die Finanzierung der Leistungen zu einem beträchtlichen Teil über den privaten Kapitalmarkt erfolgt. Damit wurde eine Politik verwirklicht, die seit langem von Kennern der Materie gefordert worden war⁷⁾.

Bei den öffentlichen Leistungen wurden zwar die in der mittelfristigen Finanzplanung für 1968 vorgesehenen Ziffern von 2075 Mill. DM⁸⁾, nicht aber die im Finanzbericht 1969 vorgesehenen Haushaltswerte erreicht⁹⁾. Auf die gesamten Entwicklungshilfeleistungen bezogen ergab sich im Vergleich zu 1966 und den Vorjahren für 1967 und besonders für 1968 eine gravierende Verschiebung in den Finanzierungsverhältnissen: Während 1966 noch $\frac{2}{3}$ der Gesamthilfe aus öffentlichen und $\frac{1}{3}$ aus privaten Quellen stammten, war es 1968 genau umgekehrt.

Günstige Relation durch Stagnation

Das gute Ergebnis der Entwicklungshilfeleistungen in den Jahren 1967 und 1968 muß im Zusammenhang mit der konjunkturellen Situation in der

Bundesrepublik gesehen werden. Wenn man die erhebliche Verbesserung der Relation zwischen Entwicklungshilfe und Volkseinkommen bzw. Bruttosozialprodukt hervorhebt, muß man klarstellen, daß auch die Entwicklung des Sozialprodukts beträchtlich dazu beigetragen hat; denn von 1966 auf 1967 stieg das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen minimal um 0,6 %, das Volkseinkommen verminderte sich um 0,7 %. Die günstige Relation kam also u. a. durch die Stagnation des Sozialprodukts zustande.

Hinzu kamen zwei weitere Faktoren. Einmal zeigt die starke Ausweitung der Exportkredite, daß die Unternehmer, um den Beschäftigungsgrad in der Rezessionsphase weitgehend zu halten, jede Möglichkeit des Exportabsatzes wahrgenommen haben. Es genügte ihnen nicht mehr, sich — wie teilweise in den Vorjahren — nur um Entwicklungsaufträge, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden, zu bemühen. Sie versuchten vielmehr, durch abgesicherte Kreditverkäufe weitere Umsätze zu erzielen. Damit endete zunächst einmal die in den Vorjahren zu beobachtende Tendenz zur Verdrängung der privaten Lieferantenkredite durch öffentlich finanzierte Aufträge¹⁰⁾. 1968 blieb diese Tendenz, wenn auch in abgeschwächter Form, bestehen.

Zum anderen war für die günstige Entwicklung der Gesamthilfe im Jahre 1967 bestimmend, daß die öffentlichen Leistungen trotz der allgemein schlechten Haushaltslage nicht gesenkt, sondern sogar erhöht wurden. Dadurch wurden die steigenden privaten Leistungen nicht durch sinkenden öffentlichen Mitteleinsatz kompensiert.

Privater Kapitalexport 1968

1968 ist nun allerdings ein beträchtlicher Anstieg des Bruttosozialprodukts (+8,9 %) bzw. des Volkseinkommens (+10,4 %) zu verzeichnen¹¹⁾. Der hohe Anteil der Entwicklungshilfeleistungen am Sozialprodukt wurde also trotz dessen Zunahme realisiert. Bei Stagnation der öffentlichen Leistungen war diesmal der beträchtliche private Kapitalexport der Grund für das sehr gute Ergebnis. Diese Tatsache ist ebenfalls in engem Zusammenhang mit der herrschenden konjunkturellen Situation zu sehen. Wie bereits gezeigt wurde, handelte es sich bei diesem Kapitalexport nicht so sehr um eine Verstärkung der Direktinvestitionen, sondern um bilaterale und besonders multilaterale Wertpapierinvestitionen im Rah-

⁶⁾ Vgl. Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank. Reihe 2: Wertpapierstatistik Febr. 1969, Tab. 12.

⁷⁾ Vgl. W. H a n k e l: Erfahrungen mit der deutschen Kapitalhilfe, Hamburg 1967, S. 19 f.

⁸⁾ Vgl. Bundesministerium für Finanzen: Finanzbericht 1969. Bonn 1968, S. 108. Für 1969 sind 2215,5 Mill. DM, für 1970 2433,0 Mill. DM, für 1971 2559,0 Mill. DM und für 1972 2736,0 Mill. DM vorgesehen.

⁹⁾ Es war vorgesehen, daß 2,2 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt und 460 Mill. DM aus dem ERP-Sondervermögen und den Haushalten der Länder und Gemeinden fließen sollten. Vgl. ebenda, S. 321.

¹⁰⁾ Vgl. dazu W. H a n k e l: Die deutsche Entwicklungshilfe. In: Handwörterbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 4, Tübingen 1965, S. 258 f.

¹¹⁾ Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1969, a. a. O., S. 19 f.

men des Anleihegeschäftes. Entscheidender Anlaß für diese Entwicklung war die im Verhältnis zu inländischen Angeboten günstige Ausstattung der aufgelegten Auslandsanleihen, die bei niedrigerem deutschen Kapitalmarktzins und großer Anlagebereitschaft des Publikums gut zum Zuge kamen.

Rückgang der zukünftigen Leistungen

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Umfang der Entwicklungshilfeleistungen durch die Bundesrepublik und die „Erfolge“ hinsichtlich der Erfüllung der 1 %-Norm sehr eng mit dem Verlauf der Binnenkonjunktur verbunden waren. 1967 war die schnelle Verbesserung der deutschen Entwicklungshilfe im Vergleich zum Volkseinkommen aus drei Gründen zu erklären: Einmal stagnierte das Volkseinkommen im Vergleich zum Vorjahr, zum anderen wurden die Lieferungen aufgrund von Exportkrediten drastisch gesteigert, und drittens wurden die öffentlichen Ausgaben nicht gesenkt, sondern sogar erhöht.

1968 wurde das gute Ergebnis bei steigendem Volkseinkommen vor allem durch die außergewöhnlich hohen Anlagen in Wertpapieren der Entwicklungsländer bzw. der Weltbank aufgrund der günstigen Situation am deutschen Kapitalmarkt erreicht.

Für die nächsten Jahre muß es jedoch fraglich erscheinen, ob die Höhe der privaten Leistungen für die Entwicklungshilfe aufrechterhalten werden kann. Die inzwischen zu beobachtende zunehmende Kapazitätsauslastung der deutschen Wirtschaft, das steigende Zinsniveau sowie die Wirkungen der Exportsteuer lassen vielmehr vermuten, daß das private Engagement im Entwicklungsgeschäft schon 1969 schwächer sein dürfte.

Die öffentliche Entwicklungshilfe wird – wenn die Projektion der mittelfristigen Finanzplanung ein realistisches Bild vermittelt – kaum ausgleichend wirken. Zwar ist eine Steigerung der Ausgaben von jährlich etwa 10 % vorgesehen, aber dieser Bruttosatz, der durch die zunehmenden Tilgungsrückzahlungen und Zinseingänge reduziert werden wird, dürfte nicht ausreichen, um einen beträchtlichen Rückgang der privaten Leistungen zu kompensieren. Deshalb muß man erwarten, daß die jetzt erreichte Relation zum Volkseinkommen bzw. Sozialprodukt in den nächsten Jahren nicht ohne weiteres wieder realisiert werden kann.

Exportkredite keine echte Hilfe

Die Kenntnis der Bestimmungsgründe für den Verlauf der privaten Entwicklungshilfe läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob mit der starken Einschaltung der privaten Leistungen in die Entwicklungshilfe eine echte, langfristig ausgerichtete Entwicklungshilfepolitik betrieben wird oder ob nicht vielmehr lediglich eine gewisse „internationale Augenwischerei“ hinsichtlich der Erfüllung der gesetzten 1 %-Norm erfolgt.

Seit langem schon wird an der generellen Einbeziehung der Exportkredite in die Entwicklungshilfe gewichtige Kritik geübt. Dabei wird geltend gemacht, daß sie vielmehr ein Instrument der Außenhandelsfinanzierung für das Verkäuferland als der Entwicklungshilfe sind, was durch das deutsche Beispiel voll bestätigt wird. Sie sind im allgemeinen weniger auf den langfristigen Entwicklungseffekt als auf die kommerzielle Situation im Zusammenhang mit dem anstehenden Kreditgeschäft abgestellt. Aufgrund der kurz- oder mittelfristigen Kreditlaufzeiten müssen Rückzahlungen von den Nehmerländern häufig bereits

The Price Mechanism and the Meaning of National Income Statistics

Dan Usher

This book is primarily an attempt to explain why national income statistics give a distorted picture of the underdeveloped world. An investigation of the economic theory of income comparison and of the geographical variation of prices shows that the fault lies with the rules of national accounting and with the way in which the price mechanism causes accepted accounting procedures to generate numbers that fail to carry the implications expected of them. 13 text-figures 45/—net

Land Reform in Principle and Practice

Doreen Warriner

This book introduces the subject of land reform by distinguishing the controversial questions that arise from it. The author uses surveys of Iraq, Persia, India, Brazil, Chile, and Venezuela to illuminate the variety of problems that attend reforms. Her main conclusion is that the conflict between socio-political and economic objectives offers no determinate connection between reform and development, although further short surveys of Denmark, Italy, Egypt, and Yugoslavia show that a positive relationship can be achieved with the use of more practical intelligence. 12 plates 63/—net

Federalism and Fiscal Adjustment

R. J. May

The main emphasis of this book is on a much neglected aspect of federal government — the way in which differences between units, particularly their financial inequalities, affect the functioning and stability of federal systems. The first part of the book elaborates the working of federal government in a dynamic context, and the second examines fiscal relations in twelve federal countries. 55/—net

Oxford University Press

zu einem Zeitpunkt vorgenommen werden, zu dem das Projekt noch gar keinen Ertrag abwirft. Dadurch wird die Tendenz zur Überschuldung der Entwicklungsländer nur verstärkt¹²⁾.

Positiver Kapitalexport

Der Kapitalexport in die Entwicklungsländer in Form von Wertpapierinvestitionen ist im Gegensatz dazu grundsätzlich positiv zu bewerten. Aber er wird nur solchen Ländern und Institutionen zugute kommen, die über ein entsprechendes internationales „Standing“ verfügen und die notwendigen Sicherheiten bieten können. Nur eine geringe Zahl von Entwicklungsländern ist aber in einer solchen Position. Tatsächlich werden nur die fortgeschritteneren unter ihnen oder internationale Finanzierungsinstitutionen von einer Finanzierung über den Kapitalmarkt profitieren können. Eine „gerechte“ Verteilung der Mittel zugunsten der ärmeren Länder wird dadurch nicht gesichert. Allerdings wäre es bei guter Verfas-

¹²⁾ Vgl. W. Guth: Der Kapitalexport in die Entwicklungsländer. Basel-Tübingen 1957; A. G. Ghaussy: Finanzielle Hilfe. In: H. Besters und E. E. Boesch: Entwicklungspolitik, Stuttgart-Berlin-Mainz 1967, Sp. 1142 f.

sung des deutschen Kapitalmarkts durchaus denkbar, daß die Bundesregierung oder staatliche Institutionen im Rahmen der Entwicklungshilfe Anleihen ärmerer Entwicklungsländer garantieren bzw. daß Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der Deutschen Entwicklungsgesellschaft aufgelegt werden.

Notwendige Förderung der Direktinvestitionen

Grundsätzlich muß man die Schlußfolgerung ziehen, daß die stark konjunkturell bedingten Reaktionen der Privatwirtschaft hinsichtlich ihres Engagements in Entwicklungsländern, das sich offenbar im umgekehrten Verhältnis zum Verlauf der Binnenkonjunktur verhält, die Eingliederung der privaten Leistungen in ein Konzept langfristiger und strukturell abgestimmter Entwicklungshilfe höchst schwierig und unsicher machen. Die Entwicklung der beiden letzten Jahre zeigte zudem, daß trotz des Booms der privaten Leistungen das im Sinne einer wirksamen privaten Strukturhilfe wichtigste Entwicklungsinstrument, nämlich die privaten Direktinvestitionen, noch immer nicht im erforderlichem Umfang eingesetzt wird. Das liegt nicht nur daran, daß wir relativ wenige Landeskenner – speziell für das Afrika- und Asiengeschäft – haben, deren Einsatz und Heranbildung auch heute noch vernachlässigt wird. Vielmehr wird auch offenbar, daß die Anreize für einen derartigen Kapitaleinsatz noch immer zu gering sind und daß die Chancen aufgrund mangelnder Information unterschätzt werden. Daraus folgt, daß einmal das Entwicklungshilfe-Steuergesetz auf seine Wirksamkeit im Sinne der Entwicklungshilfe nochmals genau überprüft werden sollte und daß zum anderen Maßnahmen für eine gezielte Schulung brauchbarer Überseeskräfte – nicht zuletzt durch die Unternehmer selbst – eingeleitet werden. Weiterhin muß das allgemeine Informationswesen über realistische Marktchancen ausgebaut werden, und auf diplomatischer Ebene muß daran gearbeitet werden, daß das Investitionsklima in Entwicklungsländern sowie der Investitionsschutz verbessert wird.

Die Träger der Entwicklungshilfepolitik sollten sich jedoch nicht durch schöne Zahlen darüber hinwegtäuschen lassen, daß die entscheidenden Impulse für eine gezielte Entwicklungshilfepolitik auch weiterhin aus dem öffentlichen Bereich kommen müssen. Solange die private Hilfe nicht bewußt in ein entwicklungspolitisches Konzept eingebaut werden kann, wie das z. B. bei den „Verbundprojekten“ versucht wird, ist sie sowohl hinsichtlich ihres Volumens als auch ihrer Struktur nur als Ergänzung der öffentlichen Hilfe anzusehen – auch wenn es sich um $\frac{2}{3}$ der Gesamthilfe handelt.

VDEW

Betriebsstatistik 1967

DIN A 4, 622 Seiten, 139,— DM

In der Reihe der Jahrgangfolgen der VDEW-Betriebsstatistik liegt jetzt der Band 1967 vor. Er bietet mit einer vollständigen Darstellung der Einzelangaben von 797 Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen einen umfassenden und zuverlässigen Überblick über die öffentliche Elektrizitätserzeugung und -versorgung in der Bundesrepublik einschl. Berlin (West).

Im tabellarischen Teil I **Leistung und Arbeit** ist der Firmenname des Unternehmens, der Sitz seiner Verwaltung und die Unternehmungsform, die über die Kapitalbeteiligung Auskunft gibt, ausgewiesen.

Der Teil II **Betriebsmittel** enthält die einzelnen Kraftwerke der Unternehmen. Für die Wärmekraftwerke werden die Brennstoffe, die Zahl der Kessel und ihre Feuerungsart, die Dampfleistung, der Genehmigungsdruck und die Dampftemperatur genannt.

Die **Gesamtergebnisse** fassen die Einzelangaben der Unternehmen in übersichtlichen Tabellen und mehrfarbigen graphischen Darstellungen zusammen, in die ab 1964 in allen Tabellen Berlin (West) eingeschlossen ist.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt bei



**Verlags- und Wirtschaftsgesellschaft
der Elektrizitätswerke mbH**

6000 Frankfurt/Main 70

Stresemannallee 23 · Telefon 61 03 21